

## Der Haushaltsplan der Stadt Köln.

Köln, 16. März.

Die städtischen Körperschaften haben gestern die Beratungen über den Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1917 begonnen. Die Aufstellung dieses neuen Kriegshaushaltsplanes steht unter der Einwirkung der ungewöhnlichen wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Weltkriegs. Die umfangreichen Ausgaben für die Kriegsfürsorge, die Zurückhaltung auf sonst wichtigen Gebieten und die Unsicherheit in der Gestaltung der künftigen Verhältnisse geben ihm das Gepräge. Die Verwaltung hat, wie wir bereits mitgeteilt haben, den Etat balanciert, trotz Umkehrung der bisherigen Steuerläge; das war ihr möglich, da sie den Steuerausgleichsfonds angegriffen und für einen Teil der Ausgaben den Anleiheweg beschritten hat. Sie glaubt, daß die Vermehrung der Schulden gerechtfertigt sei, da andere Städte in viel geringerem Maße die Zinslast der Kriegsschulden im Etat berücksichtigen. Zur Begründung des Standpunkts der Verwaltung machte Oberbürgermeister Wallraf längere Ausführungen, die wir bereits in unserer heutigen Ersten Morgen-Ausgabe ausführlich mitgeteilt haben. Ihnen schlossen sich solche der Stadtverordneten Mönning von der Zentrumsfraktion und Eitel von der liberalen Fraktion an.

Stadtverordneter Mönning führte in längeren Darlegungen u. a. folgendes aus: Der Etat ist von denselben guten Finanzgrundlagen getragen, die seit langem unsern Haushaltsplan beherrschen. Nach diesen Grundfragen sind bei den großen Werken gewaltige Summen zu finden, die man zurückgestellt hat. Die Erneuerungs- und Erweiterungsfonds der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke lassen allein erkennen, wie vorsichtig in diesem Jahre bei der Etataufstellung gearbeitet worden ist. Der Krieg hat uns gelehrt, daß es wünschenswert ist, mehr als vorher die großen Städte, insbesondere Köln, mit den ländlichen Vororten in nähere Beziehung zu bringen; aus diesem Gesichtspunkte heraus haben denn auch die Stadtverordneten Rings, Lohr und Camerly den Antrag eingebracht, die im Bau begriffene Straßenbahnstrecke Bickendorf-Neuer Friedhof bis Mengeneich weiterzuführen und zu prüfen, ob es sich empfiehlt, den frühern Plan, eine Straßen- bzw. Vorortbahn bis nach Brauweiler zu bauen, wieder aufzunehmen, um so eine bessere Versorgung der Stadt Köln mit Gemüse zu ermöglichen. Jedemfalls wird die Verpflegungsfrage nach dem Kriege eine große Rolle spielen. Es wäre zu wünschen, daß man der Verwaltung bald Gelegenheit gibt, die Verhandlungen, die vor dem Kriege nicht zu Ende geführt werden konnten, wieder aufzunehmen und mit der Landwirtschaft in der Provinz und andern Verbänden wieder anzuknüpfen zum Abschluß großzügiger Lieferungsverträge, um auf diese Weise die Produktion in Fleisch und Gemüse möglichst schnell nach dem Kriege wieder zu heben und zu fördern. Herr Mönning bedauert, daß man im neuen Etat nicht wie sonst Zuschüsse zum Ausbau der Torstraßen vorsehen könne, und verzeichnet den Wunsch weiter Kreise, für die Errichtung von Wohnungen und Wohnbezirken möglichst viel zu tun. Er bat das Stadtoberhaupt nochmals zu erwägen, ob man nicht eine Änderung in der Bauklasseneinteilung aus Grund der Erfahrungen des Krieges eintreten lassen solle. Das Gelände der frühern Ummwallung, das als Villenklasse vorgesehen sei, werde im Laufe der nächsten Jahre kaum zur Bebauung gelangen; es liege vielleicht im Interesse der Allgemeinheit, in bezug auf dieses Gelände eine Änderung vorzunehmen, die eine bessere Wohngelegenheit gebe. Die Sparkasse habe mit Rücksicht auf die Kursrückgänge einen nicht so großen Überschuf wie früher, sei aber gleichwohl in der Lage gewesen, auf die neue Kriegsanleihe wieder 20 Millionen zu zeichnen. Hieran möge die Bürgerschaft sich ein Beispiel nehmen, und es möge jeder nach Kräften sich an der Anleihe beteiligen zur Stärkung von Staat und Stadt. Der Redner erinnert schließlich an einen frühern Beschluß, den Arbeitern allmählich die Feiertage auszusparen, was auch bis auf die letzten zwei Jahre durchgeführt worden sei. Er glaubt, daß der Etat es vertagen könne, wenn man jetzt wieder einen der Feiertage hinzunehme. Ein weiterer Vorschlag des Redners geht dahin, eine Kommission zu bilden, die die Aufgabe hat, zu prüfen, was bei Beendigung des Krieges geschahen muß, um eine Anzahl von Einrichtungen der Stadt, wie für Säuglingsfürsorge, Kinderhorte, erhöhte Schulspflegung, Schulfrühstück und dergleichen, allmählich in die Friedenszeit überzuleiten. Wenn der Krieg zu Ende sei, werden diese Unternehmungen noch lange bestehen bleiben. Was

## die Deckung des Defizits

im neuen Etat angeht, so ist Herr Mönning der Meinung, daß man ohne Bedenken aus dem Ausgleichsfonds denselben Betrag wie im Vorjahre entnehmen könne, der ja dafür vorhanden sei, in schweren Zeiten ihn zum Balancieren des Etats anzugreifen. Der Redner nimmt zum Schluß Veranlassung, der hochherzigen Geschenkgeber, die im Laufe des Jahres viel und reiche Geschenke gemacht haben, zu gedenken, sowie der Verwaltung, und zwar dem Oberbürgermeister, den sämtlichen Beigeordneten, allen Beamten, Angestellten und Arbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen und sich aber auch dem Dank des Oberbürgermeisters an die Bevölkerung anzuschließen. Dabei hebt er hervor, daß insbesondere die Verpflegung in Köln im Verhältnis zu andern Städten gut gewesen sei.

Stadtverordneter Eitel, der Sprecher der liberalen Fraktion, teilte nicht die optimistische Auffassung der Verwaltung und des Vorredners und wies besonders auf die gewaltige Zinslast hin, die die Stadt für die großen Kapitalien zu tragen habe. Er führte u. a. aus: Es ist schwierig, zum Haushaltsplan hier zu sprechen, weil wir wohl uns mit den einzelnen Plänen befassen, aber die gesamte Finanzwirtschaft nicht so übersehen können, um uns ein genaues Bild machen zu können. Es fehlt uns ganz und gar die Übersicht über die außerordentlichen Ausgaben infolge des Krieges. Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, daß andere Städte an dieser Tatsache gänzlich vorbeigehen, während Köln sie durchaus würdige. Den Stadtverordneten jedoch fehlt der Überblick darüber, wie hoch sich die Verpflichtungen belaufen, die wir bis jetzt übernommen haben, und inwieweit die Mittel in Zukunft in Anspruch genommen werden, um die großen Beträge zu verzinsen und zu amortisieren. Ich stimme mit dem Herrn Oberbürgermeister überein, wenn er sagt, daß wir trotz des guten Haushaltsplans nicht allzu optimistisch sein sollen. Ich kann der rosigten Stimmung des Vorredners nicht voll und ganz beipflichten. Es ist richtig, daß wir für die schlechten Jahre den Ausgleichsfonds geschaffen haben; diesen haben wir aber bereits für 1915 in Anspruch genommen und werden aus ihm bis 1919 gleiche Raten entnehmen. Gegenüber der gewaltigen Zinslast, die wir heute schon zu zahlen haben und die sich noch weiter steigern wird, hege ich Bedenken, ob die Auffüllung des Ausgleichsfonds in der Weise stattgefunden hat, daß man sagen kann, sie genüge zur Ausgleichung des Defizits. Eine sehr vorsichtige Finanzverwaltung hätte daran denken können, schon jetzt Sorge zu tragen, daß der Ausgleichsfonds in größerem Maße gestärkt werde. Ich gestehe offen, daß, wenn die Verwaltung uns einen Plan vorgelegt hätte, in dem eine Erhöhung der Einkommensteuer vorgesehen wäre, meine Freunde ihm Widerstand kaum würden entgegengebracht haben. Ich will keinen Antrag stellen, vielmehr es der Verwaltung überlassen, zu überlegen, ob nach dieser Richtung noch etwas mehr hätte geschehen können zur Stärkung des Ausgleichsfonds. Was den Haushaltsplan der großen Werke betrifft, so zeigen sie gewiß ein erfreuliches Bild. Ich weiß aber nicht, ob man bei den Gas- und Elektrizitätswerken irgendwie auf die Kohlensteuer Rücksicht genommen hat, inwieweit dadurch unser Haushaltsplan belastet wird, so daß, wenn nicht eine Erhöhung des Preises für Gas und Elektrizität eintritt, wir trotz des guten Abchlusses nicht die Erträge aus den Werken haben werden wie bisher. Auch in bezug auf die Straßenbahn darf nicht übersehen werden, daß infolge des Krieges für die Erneuerung des Unterbaus wie auch des rollenden Materials wegen Mangels an Arbeitskräften usw. sehr wenig geschehen ist. Ich fürchte, daß nach dem Krieg sich eine so starke Abnutzung zeigt, daß die eingesehten Summen nicht ausreichen, um die dann entstehenden Kosten zu decken. Ich bin kein Prophet, in Finanzangelegenheiten aber immer etwas pessimistisch, und wir wissen nicht, was uns bis zum Kriegsende noch alles bevorsteht, und so müssen wir genügend vorsorgen, um dann die notwendig werdenden Anschaffungen decken zu können. Sodann möchte ich noch